



BADEN

BADENER TAGBLATT BADEN-WETTINGEN, ZURZACH-AARETAL

Rohrputz-Loriot
KANALSERVICE

Ihr regionaler
Kanalreiniger



Gratisnummer
0800 321 220

Grossfusion im Zurzibiet nimmt die nächste Hürde souverän

Projekt Rheintal+ Neun von zehn Gemeinden sagten gestern Ja zum Fusionsvertrag

VON ANDREAS FRETZ (TEXT)
UND CHRIS ISELI (FOTO)

Nach zweieinhalbjähriger Vorbereitungszeit war es gestern Abend soweit: In zehn Zurzibiet Gemeinden fanden zeitgleich ausserordentliche Gemeindeversammlungen statt. An allen zehn Gemeinden wurde ein und dieselbe Frage gestellt: «Wollen Sie den Vertrag über den Zusammenschluss der zustimmenden Einwohnergemeinden zur Einwohnergemeinde Zurzach auf den 1. Januar 2022 genehmigen?»

Sieben Gemeinderäte hatten den Fusionsvertrag des Projekts Rheintal+ ihren Stimmbewölkungen zur Annahme empfohlen (Bad Zurzach, Baldingen, Böbikon, Kaiserstuhl, Rekingen, Rümikon und Wislikofen). Die Gemeinderäte Fisibachs, Mellikons und Rietheims empfahlen ihn zur Ablehnung.

Damit die Fusion gelingen kann, galt: Mindestens vier Gemeinden plus der Bezirkshauptort Bad Zurzach müssen

«Das ist ein historischer Erfolg. Ein Resultat, das ich in dieser Klarheit nicht für möglich gehalten hätte.»

Reto S. Fuchs Ammann Bad Zurzach

dem Vertrag zustimmen (das «4+1-Modell»). Dieser Anforderung kamen die Stimmberechtigten deutlich nach. Einzig Fisibach schickte den Fusionsvertrag bachab. Mit 31:136-Stimmen folgte die Stimmbewölkung der Empfehlung ihres Gemeinderats. Gegen die Empfehlung des Gemeinderats stemmten sich die Rietheimer und Melliker.

«Das ist ein historischer Erfolg. Ein Resultat, das ich in dieser Klarheit nicht für möglich gehalten hätte», sagte Bad Zurzachs Ammann Reto S. Fuchs.

Wie geht es nun weiter? In den neun Gemeinden, die gestern mit Ja stimmten, folgt am 8. September 2019 die für Fusionen obligatorische Urnenabstimmung über den definitiven Zusammenschluss. In Fisibach, wo gestern deutlich mehr als ein Fünftel aller Stimmberechtigten den Fusionsvertrag ablehnten, ist das Projekt definitiv vom Tisch.



Überwältigende Mehrheit: In Bad Zurzach sagten 395 Stimmberechtigte Ja zum Fusionsvertrag. Nur zehn lehnten ihn ab.

FUSIONSPROJEKT RHEINTAL+

Die Abstimmungsergebnisse der ausserordentlichen Gemeindeversammlungen

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Anwesende Stimmberechtigte	Total Stimmberechtigte	Weiteres Prozedere
Bad Zurzach	395	10	414	2291	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Baldingen	56	17	74	192	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Böbikon	52	12	68	134	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Fisibach	31	136	167	480	Das Nein ist definitiv
Kaiserstuhl	59	25	86	223	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Mellikon	43	20	68	149	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Rekingen	144	7	152	528	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Rietheim	97	55	153	391	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Rümikon	51	7	61	179	Urnenabstimmung am 8. Sept.
Wislikofen	85	12	99	248	Urnenabstimmung am 8. Sept.

Würenlos

Erschliessung Tägerhard kostet das Doppelte

Im Würenloser Tägerhard bleibt derzeit kaum ein Stein auf dem anderen. Vor kurzem wurde die alte Reithalle abgebrochen, vor einer Woche erfolgte der Baustart für den lang ersehnten neuen Werkhof der Gemeinde. Der Neubau kostet rund fünf Millionen Franken. In der Gewerbezone Tägerhard sollen zudem ein Club- und Garderobenhaus für die Sportvereine sowie einige Gewerbebetriebe angesiedelt werden (die AZ berichtete). Für die Erschliessung des Gewerbegebiets haben die Würenloser 2015 einen Kredit von rund 2 Millionen Franken gesprochen. An der «Sommergmeind» übernächste Woche legt der Gemeinderat nun einen Zusatzkredit von rund 2,3 Millionen vor. Die Ortsbürger als Grundeigentümer bezahlen rund 1,6 Millionen Franken zusätzlich. Die Gründe für die Mehrkosten sind einige Projektänderungen. Zusätzlich zur ursprünglich geplanten Stichstrasse soll es etwa eine kleine Ringstrasse geben. Ob die Erschliessung im Tägerhard so gebaut werden kann, entscheidet der Würenloser Soverän an der Gemeindeversammlung am 4. Juni. (AF)

Obersiggenthal

Martinsbergtunnel: Keine Abstimmung

Das Verkehrsprojekt zur Ostaargauer Strassenentwicklung ist in Obersiggenthal umstritten. Der Kanton plant unter anderem den Bau des Martinsbergtunnels, viele Parteien befürchten Mehrverkehr. In einem Postulat forderten die Grünen eine Konsultativabstimmung an der Urne zur Wünschbarkeit des Tunnels. Abklärungen des Gemeinderates haben aber ergeben, «dass es unzulässig ist, dass der Einwohnerrat einen Beschluss fasst, der eine konsultative Urnenabstimmung über ein Bauprojekt zum Gegenstand hätte». Der Einwohnerrat würde sich Kompetenzen anmassen, über deren Ausübung er rechtlich nicht verfügen könnte. (AZ)